Morgen-Ausgabe
Nr. 241 – 67. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Dienstag, 27. Mai 1919

Groß-Berlin

Sturm im Schöneberger Stadtparlament.

Protest gegen die Donnerstagskrawalle.

Die Vorgänge, die sich am Donnerstag in Schöneberg abspielten, im „Schwarzen Adler", wo die Versammlung der Unabhängigen aufgelöst wurde, auf der Straße und in der Hohenzollernschule, wo die Demokraten eine Versammlung abhielten, kamen in der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache. Die Mehrheitssozialisten hatten folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung bedauert die Vorgänge am hiesigen Orte, die sich am Donnerstag, den 22. Mai, gelegentlich der Abhaltung von Versammlungen verschiedener politischer Parteien abgespielt haben. Sie verurteilt insbesondere das Eingreifen der Regierungstruppen bei der Auflösung der Versammlung im „Schwarzen Adler", das, wie nicht anders zu erwarten, weniger ausgleichend und beruhigend, als vielmehr Gegensätze verschärfend und erregend gewirkt hat. Ferner verurteilt die Stadtverordnetenversammlung die Art der Einberufung von Versammlungen, in der nur zu deutlich der Widerstand gegen die Anordnungen der Regierung hervortritt und worin Veranlassung zu Gegenmaßregeln leicht gegeben erscheint. Als nicht minder beklagenswert erachtet die Stadtverordnetenversammlung das selbstherrliche und gewalttätige Auftreten und Vorgehen von Staatsbürgern gegen Andersdenkende, die gewaltsame Störung von Versammlungen, die Schädigungen an der Gesundheit und dem Wohlergehen Einzelner sowie dem Eigentum Privater, der Gemeinde und des Staates. In dem Bewußtsein, daß durch mehr Duldsamkeit und gegenseitige Verständigung der Allgemeinheit besser gedient ist wie durch Gewalttätigkeiten und weitere Verschärfung des Kampfes der politischen Parteien untereinander, erhofft die Stadtverordnetenversammlung von allen Einwohnern und Bürgern besonnenes Handeln und ausgeprägte Selbstdisziplin. Im Interesse der Gewährleistung des freien Vereins- und Versammlungsrechts beantragt die sozialdemokratische Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung wegen Aufhebung des Belagerungszustandes vorstellig zu werden. Der Magistrat wird ersucht, sich diese Kundgebung zu eigen zu machen und sie an die maßgebenden Stellen der Regierung weiter zu leiten."

Der Antrag wurde vom Stadtverordneten Mohr (Soz.) begründet. Er geißelte das Vorgehen der Regierungstruppen und forderte eine gründliche Aenderung in der politischen Organisation. Stadtverordneter Wilberg (Unabh. Soz.) erklärte, daß die Versammlung von der Polizei verboten worden sei. Der Chef der politischen Abteilung, Geheimrat Lindeck, lehnte es gleichfalls ab, die Versammlung zu genehmigen. Der Redner schilderte das Verhalten der Regierungstruppen und meinte, daß zu den Soldaten

nur noch der Abschaum der Menschheit gehöre.

(Ungeheurer Lärm.) Wilberg spricht weiter, aber in dem Lärm hört man ihn nur die Worte schreien: Offiziere ins Gesicht spucken. (Erneuter Lärm.) Zobel (Dem.) ruft dem Vorsteher zu: Bitte den Redner zur Ordnung zu rufen, das ist kein Verhandeln. — Vorsteher: Das müssen Sie mir überlassen, ich habe nichts gehört! — Zobel: Sie schlafen ja! (Großer Lärm im ganzen Hause.) — Vorsteher: Ich rufe den Stadtverordneten Zobel zur Ordnung! — Stadtverordneter Kunze (bürgerlich): Die Offiziere der jetzigen Armee sind soeben beleidigt worden; es ist unerhört, daß der Stadtverordnete, der die Offiziere beleidigt, keinen Ordnungsruf erhalten hat. — Vorsteher: Ich verbitte mir jede Kritik an meiner Geschäftsführung. — Stadtverordneter Kunze: Oho, wir haben auch ein Wort zur Geschäftsführung mitzureden. Der Vorsteher muß sich so betragen, daß wir ihm unser Vertrauen schenken können. Die Unabhängigen haben die Absicht, in Zukunft jede bürgerliche Versammlung zu stören. (Die Unabhängigen rufen: „Schwindel!") Stadtverordneter Kunze fährt fort: Der Vorsteher hat kein Wort des Tadels gegen die Zurufe; er leitet die Geschäfte nicht sachgemäß, denn er läßt es gewähren, Stadtverordneten Schwindel vorzuwerfen.

Stadtverordneter Bamberg (Demokrat) tritt für Aufhebung des Belagerungszustandes ein und fährt dann fort: Die Horde, die in die Hohenzollernschule einbrach, mißhandelte den Schriftführer und eine Dame, riß die Tische und Stühle um, die Aktenmappen auf dem Vorstandstisch wurden fortgenommen, die schwarzrotgoldene Fahne wurde in Stücke zerrissen (Zwischenrufe). Schuld an diesen skandalösen Zuständen ist lediglich die Taktik der Unabhängigen.

Oberbürgermeister Dominicus sprach sein Bedauern über den Ton in der heutigen Versammlung aus, durch den ein ruhiges Verhandeln vereitelt worden sei. Im Namen des Magistrats müsse er entschieden gegen die Aeußerung, daß zum Militär nur der Abschaum der Menschheit gehöre, Verwahrung einlegen.

Die Unabhängigen brachten einen Antrag ein, bei der Regierung schärfsten Protest gegen die willkürliche Bedrohung der Versammlungsfreiheit zu erheben, die bürgerlichen Parteien beantragten durch Stadtverordneten Kunze, die Versammlungsfreiheit zu schützen. Nach einer stundenlangen, sehr erregten Erörterung wurde der sozialdemokratische Antrag mit geringen Abänderungen angenommen.

Gemeindevertretung und kommunale Arbeiterräte. Dem Bürgerrat von Groß-Berlin ist auf sein Ersuchen, das Ministerium des Innern möge die Frage der Daseinsberechtigung der kommunalen Arbeiterräte, denen die gesetzliche Grundlage fehlt, endgültig klären, folgender, von dem Unterstaatssekretär Dr. Freund gezeichneter Bescheid zugegangen: „Die Entscheidung über die Fortdauer der kommunalen Arbeiterräte steht nach Durchführung der Neuwahlen der Gemeindevertretung, die zugleich das gesetzliche Kontrollorgan der Gemeindeverwaltung ist, als Ausfluß der Selbstverwaltung zu."

Einheitliche Besoldung der Groß-Berliner Gemeindebeamten. Im Berliner Rathause fand gestern (Montag) vormittag eine Besprechung der Groß-Berliner Gemeinden über die Schaffung einheitlicher Verhältnisse für die Besoldung der Gemeindebeamten statt. Es wurde, wie wir hören, allgemein die Notwendigkeit einer einheitlichen Besoldungsreform für die Groß-Berliner Gemeindebeamten anerkannt und ein Unterausschuß mit der Ausarbeitung der dahingehenden Vorschläge betraut.

Das sechste halbe Pfund ausländisches Weizenmehl wird nach vorheriger Voranmeldung in der Zeit vom 27. bis zum 30. Mai 1919 durch Abgabe des ganzen Abschnittes C der Berliner Bezugskarte auf den Abschnitt K 4 der Einfuhrzusatzkarte für die Stadt Berlin ausgegeben. Der versorgungsberechtigten Bevölkerung soll auch bei dieser Verteilung die Möglichkeit gegeben werden, an Stelle des teuren ausländischen Weizenauszugsmehls das höher ausgemahlene billige inländische Weizenmehl zu beziehen. Dieses inländische Weizenmehl ist ohne Voranmeldung gegen Abgabe des ganzen Abschnittes C der Berliner Bezugskarte und des Abschnittes K 4 der Einfuhrzusatzkarte in den durch besondere Aushängeschilder kenntlich gemachten, durch besonderen Schilderaufschlag noch bekanntzugebenden Geschäften ihm jetzt erhältlich. Der Preis für Auslandsmehl auf Abschnitt K 4 ist infolge gesteigerter Unkosten auf 1,10 Mark je ein halbes Pfund erhöht worden. Der Preis für Inlandsmehl beträgt nach wie vor 0,16 Mark je ein halbes Pfund.

Die Milchausgabe dieser Woche. Vom 27. Mai ab werden folgende Milchmengen ausgegeben: Auf die A I Karten 1 Liter, auf die A II Karten 1 Liter, auf die B I, B II, C I und C II Karten ½ Liter. Im übrigen bleibt die Belieferung wie bisher.

50 goldene Uhren Tagesbeute. Seit einiger Zeit wird Berlin von einer Bande polnischer Taschendiebe heimgesucht, die es auf eine Tagesbeute von 50 goldenen Uhren gebracht hat. Die Kriminalpolizei hat schon eine ganze Reihe der neuen Spezialisten hinter Schloß und Riegel gebracht, aber die Bande erhält täglich neuen Zuzug. Diese Taschendiebe sind lauter junge Burschen aus Lodz, Warschau und Kalisch. Die Polen wollen sie in ihr Heer einreihen, aber sie ziehen es vor, zu verschwinden, sich nach Deutschland hineinzuschmuggeln und hier, besonders in Berlin, vom Taschendiebstahl zu leben. Ihr Hauptarbeitsfeld sind die Hoch- und Untergrundbahn, die Straßenbahn, die Stadtbahn und die Ringbahnen. Die Bande hat es auf Gold abgesehen und deshalb auch auf die goldenen Uhren. Die Uhren werden sofort eingeschmolzen, und das Gold geht über die Grenze.

Das diebische Dienstmädchen. In letzter Zeit ist eine ganze Anzahl Hausfrauen von der 29 Jahre alten Anna Eden bestohlen worden, die in der Rolle eines Dienstmädchens auftrat. Die Schwindlerin und Diebin meldete sich auf Zeitungsgesuche, stellte sich sehr nett an und stahl, nachdem sie zugezogen war, sobald sich ihr die Gelegenheit bot. An einer Stelle in der Tauentzienstraße allein erbeutete sie für 15 000 Mark Schmucksachen. Wie die auf die vielen Anzeigen hin angestellten Ermittelungen der Kriminalpolizei ergaben, mißbrauchte sie den Namen ihrer Schwester. Als sie gestern ihre Schwester in der Ackerstraße besuchen wollte, wurde sie von Kriminalbeamte, die das Haus beobachteten, festgenommen.

Die Brandkatastrophe in Ludwigshafen hat erfreulicherweise nicht so viel Opfer gefordert, als nach den ersten Meldungen zu berichten war. Die Zahl der Opfer ist nunmehr festgestellt. Es werden 5 Soldaten vermißt, 35 Soldaten sind schwerverletzt.

Der Prozeß Ledebour.

Fortsetzung der Zeugenvernehmung.

Nach der Mittagspause lehnt das Gericht einen Antrag der Verteidigung, den Zeugen Appel auch über die Vorkommnisse nach dem Abschluß des Abkommens zwischen der Besatzung des Mosse-Hauses und der Regierung zu vernehmen, als nicht zur Sache gehörig ab.

Geh. Rechnungsrat Patzschke von der Reichsdruckerei schildert als Zeuge die schon vielfach erörterten Vorgänge bei der Besetzung der Reichsdruckerei durch Spartacus-Anhänger und bekundet u. a., daß in einer Nacht zwölf Räume und sämtliche darin stehenden Schränke und Pulte erbrochen und auch ein Geldschrank angebohrt worden sei. Ihm selbst sei, falls eine einzige zum Drucken der Geldscheine verwendete Platte verführt würde, angedroht worden, an die Wand gestellt zu werden. Unter den Spartacisten, die in die Reichsdruckerei eingedrungen waren, befanden sich auch zwei gewerbsmäßige Einbrecher, die gleich einen Viertelzentner Einbruchswerkzeuge mitgebracht hatten. Beide seien jedoch von dem Führer der Besatzung bei einem Diebstahl abgefaßt und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Dagegen sei das Konsumlager erbrochen und für etwa 2- bis 3000 Mark Cigarren von der Besatzung verzehrt worden.

Der Oberbahnhofsvorsteher Otto Lehmann macht nähere Angaben über die Besetzung des Schlesischen Bahnhofs durch Spartacus-Anhänger und Unabhängige. Der Bahnhof sei festungsartig mit Maschinengewehren besetzt worden. Aus dem Raum der Bahnsteigschaffner seien durch Erbrechen der Schränke mehrere Dienstpelze gestohlen worden. Von ihm selbst sei verlangt worden, er solle veranlassen, daß ein Zug mit Regierungstruppen, die den Bahnhof entsetzen sollten, vor dem Bahnhof

zur Entgleisung gebracht werde.

Durch die Lahmlegung des Betriebes seien viele Tausende von Leuten, insbesondere kleine Gewerbetreibende, schwer geschädigt worden.

Der Zeuge Bailleul, Leiter der Kriegsküche im Schlesischen Bahnhof, bekundet, daß die Spartacus-Leute, trotzdem sie reichlich Mittagessen und anderes bekamen, die Vorratsräume erbrochen und den Inhalt weggeschleppt haben. An Bezahlen haben die Spartacisten nicht gedacht.

Ueber die Vorgänge bei der Besetzung des Polizeipräsidiums wurde unter anderem der Schupmann Fröhlich vernommen. Der Angeklagte Ledebour richtet an den Zeugen Appel noch eine Reihe von Fragen, die dieser unter anderen dahin beantwortet, daß sich ein gewisser Unruhe bei den revolutionären Arbeitern bemerkbar gemacht habe, als bekannt wurde, daß die Unabhängigen sich in Verhandlungen mit der Regierung eingelassen haben, obgleich von der Regierung die bedingungslose Räumung des Mosse-Hauses als Vorbedingung von Verhandlungen hingestellt worden war. Unter der Bezeichnung „Die Unabhängigen" habe man in den Gesprächen allgemein Ledebour, Däumig und Barth verstanden. Hierzu erklärte der Angeklagte: Die Unabhängigen als Organisation seien an den Zeitungsbesetzungen nicht beteiligt, sondern nur einzelne sozialdemokratische Organisationen und die Organisation der revolutionären Arbeiter. Als Mitglieder dieser Organisation habe Däumig und er an den Verhandlungen teilgenommen, Däumig aber nur an der ersten hierauf bezüglichen Versammlung, dann habe er jede weitere Beteiligung abgelehnt. Wenn von Genossen der revolutionären Arbeiter ein Unwille darüber geäußert sein soll, daß er ein prinzipieller Gegner der Besetzung war, so müsse er betonen, daß auch Karl Liebknecht ebenfalls ein Gegner war.

Nachdem noch Regierungsrat Weiß vom Polizeipräsidium über die Ereignisse im Gebäude des Polizeipräsidiums, die dort stattgehabten Zerstörungen, die Bewaffnung des Gebäudes, erhobene Entschädigungsansprüche usw. als Zeuge vernommen worden, wird die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Die Erwerbslosenfürsorge teilt mit, daß auf den am Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrtstag) fälligen Stempel, sowie auf den ersten fälligen Stempel in der Pfingstwoche verzichtet wird.

Drei Personen durch Gas vergiftet. Gestern nachmittag ereignete sich in dem Hause Bandelstraße 22 ein eigenartiger Unfall. Hier wollte der Kammerjäger L. mit Hilfe eines gasgefüllten Räucherapparates eine Wohnung vom Ungeziefer reinigen. Seine Frau und ein Kind waren ihm dabei behilflich. Der Gasbehälter war aber defekt, so daß das Gas ausströmte und die drei Personen betäubte. Sie wurden später von Hausbewohnern bewußtlos aufgefunden. Es gelang, sie ins Leben zurückzurufen, doch mußten sie nach dem Moabiter Krankenhaus übergeführt werden.

Der Glasermeister Adolf Escher, Kleine Hamburger Straße 9, begeht am 29. Mai seinen 70. Geburtstag.

Theatersturm um Kokoschka.

Die Mittagsaufführung des „Jungen Deutschland".

Die Beklommenheit, mit der die Gäste der Vereinigung „Das junge Deutschland" der sonntäglichen Aufführung im Deutschen Theater folgten, zeugte am Anfang von einigem Respekt vor der Persönlichkeit des Malers Oskar Kokoschka, dem man, sollte ihm ernsthaft genützt werden, von der Aufführung seiner beiden wirren Phantasien dringendst hätte abraten müssen. Immerhin: „Der brennende Dornbusch" wurde still angehört, und auch die sich selbst überschlagende Burleske „Hiob" schien einem gefahrlosen Ende entgegengehen zu wollen. Es gab Leute, die selbst dieses Ende nicht erleben wollten, und ich bekenne, daß ich zu ihnen gezählt werden darf. Schon nach den ersten zwanzig Minuten schließen einem die Beine ein. Angstgefühle drückten den Zuhörer nieder, und dazu die Furcht, daß in einer Zeit, in der so viele Bürger über ein eigenes Maschinengewehr, zumindest über einen Browning verfügen, der gepeinigte Gast, erbittert und zum äußersten gebracht, ein paar Schreckschüsse abgeben könnte. Nun, so schlimm wurde es ja, gottlob, nicht. Aber es gab, gewissermaßen als Abschluß der Tätigkeit des „Jungen Deutschland", einen Theaterskandal, den nicht erlebt zu haben das schönere Vergnügen ist. Oskar Kokoschka bleibt trotzdem ein großer Maler. Daß er kein Dichter ist —, muß das erst durch einen Skandal bewiesen werden? . . .

Die biblischen Titel der beiden Stücke, die kaum Stücke eines Stückes sind, dürfen nicht irreführen. Aus dem brennenden Dornbusch erklingt keine göttliche Stimme, und wenn man sagen soll, was überhaupt erklingt, so ist man in Verlegenheit. Die Sehnsucht einer Jungfrau entlädt sich so breit und langweilig, daß bei den Monologen des romantischen Ritters unfehlbar der Schlaf sich auf alle senken muß. Und in „Hiob" gar — wie kam er nur auf den Mann aus dem Lande Uz? — wird ein Geweihstück schlimmster Art, ein gewaltsam-philosophischer Ulk, der schwer verstimmend wirkte. Folge: Skandal, Skandal! . . . Was bleibt, ist die Erinnerung an leuchtende Bilder, vom Malerregisseur Kokoschka mit bewußter Starrheit in den Rahmen gestellt.

Die Bühnenwerkleute, weil selbst an solchen Aufgaben nicht zweifelnden Darsteller heißen: Friedrich Kühne, Paul Grätz, Ernst Deutsch und Maria Fein.

Jetzt könnte aber endlich mal im „Jungen Deutschland" wieder Theater gespielt werden! . . . M. Sch.

Im Berliner Opernhause erlebte man am Sonntag mittag zum Besten der Wohlfahrtseinrichtungen des Vereins Berliner Presse eine Aufführung der beiden ersten Akte von Richard Wagners „Walküre"; die beste, die ich seit langem gesehen. Hier waren wieder einmal Stil, Einheitlichkeit, hinreißendes Temperament, tadellose Besetzung — kurz, eine Vorstellung, die an die besten Zeiten unserer ehemaligen Hofoper erinnerte. Generalmusikdirektor Leo Blech leitete die Vorstellung mit prachtvollem Schwung, und das Orchester ließ die Partitur mit vollendeter Klarheit, in schönstem Wohlklang erstehen. Um unsern Walter Kirchhoff, der dem Siegmund seine ganze große, reife Kunst gab, eine Stimmschönheit, wie man sie lange nicht gehört, und in seinem Spiel eine stürmende, schier atemberaubende Kraft entfaltete, hatte sich eine Schar erlesener Gäste gesammelt: Berta Morena, als Sieglinde nicht nur liebendes, sondern auch heftisches Weib in Gesang, Spiel und Erscheinung, ebenbürtige Partnerin Kirchhoffs. Eva Plaschke-v. d. Osten, eine jugendfrische, saftsatte Brünhilde, die ihr „Hojotoho" siegkräftig hinausschmetterte. Friedrich Plaschke (Wotan) zwang alles in den Bann seines großen, edlen Baritons. Mit besonderem Interesse sah man auch der Fricka Gerta Dehmlows entgegen; die hochgeschätzte Künstlerin, uns sonst nur vom Konzertpodium vertraut, erschütterte durch die psychologische Vertiefung, die sie der Wotansgattin gab, vielen erst das rechte Verständnis für diese Gestalt. Ihre Fricka war nicht nur beleidigte und darum scheltende Frau, als welche sie von den meisten Sängerinnen behandelt wird, sondern das Ehrweib, das für sein heiliges Recht kämpft. Paul Knüpfer sang den Hunding unter voller Entfaltung seiner großen Stimme mit eherner Wucht. Nach beiden Akten brach das Publikum in stürmischen, nicht enden wollenden Beifall aus, der sich zu Ovationen steigerte — Dank dafür, daß man sich aus diesen schweren Tagen für Stunden in die Welt des Schönen, Edlen hinaufgehoben fühlte, in die Sphären einer Kunst, die uns gehört und gehören wird für alle Zeiten.

Der Bühnenverein gegen die Reichsvergnügungssteuer. Der Deutsche Bühnenverein spricht sich in einer Eingabe an die Nationalversammlung gegen die Einführung einer Reichsvergnügungssteuer aus, bittet aber, falls eine solche eingeführt wird, alle künstlerischen und kulturellen Zwecken dienende Veranstaltungen (ernste Theater, Konzerte hochstehender Art, Kirchenkonzerte) von dieser Steuer zu befreien.

Sühne für Landauers Tod. Die Zentrale für Völkerrecht (Helmuth v. Gerlach, Ludwig Quidde, Helene Stöcker, Kurt v. Tepper-Laski) veröffentlichen folgenden Nachruf: Gustav Landauer ist in den Münchener Kämpfen, nachdem er verhaftet war, entweder von den ihn abführenden Soldaten oder von der Menge erschlagen worden. Unsere pazifistischen Organisationen beklagen in ihm einen Mitkämpfer, der während des Krieges in ihrer Arbeitsgemeinschaft harmonisch mitgewirkt hat, er, der Gesinnungsgenosse Kropotkins, neben Demokraten, Konservativen und Sozialisten aller Richtungen. Er gehörte zu den Mitbegründern der Zentralstelle Völkerrecht und hat den ersten Aufruf dieser Vereinigung die letzte Form geben helfen. Die Lauterkeit seiner Gesinnung und der hohe Idealismus seines Strebens haben ihm die Wertschätzung aller, die mit ihm zusammengearbeitet haben, gesichert. Jedes gegen ihn gefällte Urteil hätte diese Gesinnung und dieses Streben würdigen müssen. Seine Ermordung ist eine schwere Blutschuld, die Sühne verlangt gleich dem an den Geiseln Begangenen Verbrechen. Wir Pazifisten fordern eine Untersuchung, die unparteiisch und rücksichtslos den Tatbestand aufklärt. Ein Justizskandal wie im Falle Liebknecht darf sich nicht wiederholen. Die ordentlichen Gerichte müssen ihres Amtes walten. Die Militärjustiz, deren Organe in allen solchen Fällen von vornherein Partei sind, muß endlich beseitigt werden. Sechs Monate nach der Revolution ist es höchste Zeit zur Erfüllung dieser alten demokratischen Forderung, die für uns zugleich eine pazifistische Forderung ist. Wir stellen sie gerade jetzt aufs neue, damit dem Andenken Gustav Landauers Gerechtigkeit zuteil werde und die wilde Gewalttat, der er zum Opfer fiel, ihre Sühne finde.

Theaterchronik. Im Deutschen Künstlertheater sind in der am 1. Juni unter der Direktion Adalbert und Götz stattfindenden Erstaufführung des Schwanks „Die Rutschbahn" von Oskar Gordon und Kurt Götz die Hauptrollen mit den Herren Adalbert, Götz, Morgan und den Damen Ewald, Haack, Monnard, Schlegel, Wisser besetzt.

Die Sommerspielzeit des Lessing-Theaters (Direktion Hans Sternberg) wird am 1. Juni durch ein Gastspiel Guido Thielscher in „Charleys Tante" eröffnet werden.

Musiknachrichten. Der Berliner Volkschor veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Männerchor Fichte-Germania am 2., 5. und 12. Juni in der Philharmonie eine dreimalige Aufführung von „Faust's Verdammung" von Hektor Berlioz. Dirigent: Dr. Ernst Zander. Mitwirkende: Birgit Engell, Josef Mann, Prof. Albert Fischer, Eduard Kandl; das verstärkte Philharmonische Orchester. Sämtliche Eintrittskarten sind vergriffen.